

Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“

Moden-Zeitung

Sport-Zeitung

Film-Zeitung

Haus- u. Garten-Zig.

Techn.-Zeitung

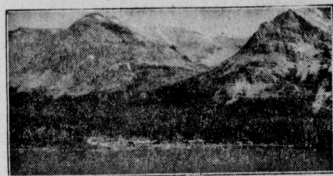
Witzblatt „ULK“

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Das erste Frauen-schiff der Welt England

Hier erhält sich der amerikanische Präsident



Cuvelier bleibt verurteilt / Ruhiger Demonstrations-Verlauf / Gerüsteinsturz

MacDonald in München

MÜNCHEN, 1. August.

Der englische Premierminister Ramsay MacDonald stiftete bei seinem kurzen Aufenthalt in München heute nachmittags auch dem Präsidenten des bayerischen Landtags, Stang, einen Besuch ab. In seiner Begleitung befanden sich seine beiden Töchter, sein alter schottischer Freund Sir A. Grand und dessen Gattin, sowie der englische Vizekonsul.

MacDonald folgte im Sitzungssaal des Landtags mit grossem Interesse den Darlegungen des Landtagspräsidenten über besonders wichtige Ereignisse in der Geschichte des bayerischen Landtags. Die Fragen, die er dabei stellte, zeigten, dass er mit den parlamentarischen Verhältnissen und Gebräuchen anderer Staaten sehr vertraut ist.

Der englische Ministerpräsident trug sich in das Gästebuch des Landtags ein.

Am Abend leistete MacDonald einer Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten zu einem Abendessen im engeren Kreise Folge.

Zum Rektor der Handelshochschule Berlin für das Studienjahr 1930/31 ist der ordentliche Professor der Betriebswirtschaftslehre Dr. Friedrich Leitner gewählt worden.

Staatspartei will Volksentscheid

über Wahlreform und Reichsreform

Wie aus Kreisen der Deutschen Staatspartei verlautet, will die Deutsche Staatspartei zur Vorbereitung der Wahlreform und der Reichsreform Ausschüsse einsetzen, die dem Reichstag formulierte Gesetzentwürfe vorlegen sollen. Sollte auf parlamentarischem Wege eine Einigung über beide Verlagen nicht zustande kommen, so wird die Deutsche Staatspartei sofort die notwendigen Schritte zur Vorbereitung des Volksgebührens und des Volksentscheids über Wahlreform und Reichsreform unternehmen.

Aus den eingelaufenen Beitrittsanmeldungen zur Deutschen Staatspartei sei unter anderen folgende Namen hervorgehoben: Ministerialrat Dr. W. Hoche (Berlin-Schöneberg), Professor Dr. Carl Hampe (Heidelberg), Kreistagsabgeordneter H. Hofmeister (Bad Eilsen) [früher Deutschnationale Volkspartei, Vorsitzender der Ortsgruppe Bad Eilsen], Kreistagsabgeordneter Dr. Grossstück (Königswusterhausen) [unpolitische Einheitspartei], Privat-

dozent Dr. Kurt Steinbart (Marburg), Ministerialdirektor Poetzsch-Helfter (Berlin) [D. D. P.], Geheimer Kirchenrat Dr. Friedrich Goldermann (Lörrach-Baden).

Staatspartei-Fraktion in Sachsen

An den Berliner Besprechungen hatte auch, wie verlautet, der volksnationale Landtagsabgeordnete von Sachsen, Lasse, teilgenommen. Die Gründung der Deutschen Staatspartei wird voraussichtlich den Zusammenschluss der demokratischen und volksnationalen Gruppe im Landtag herbeiführen. Die neue Gruppe wird fünf Abgeordnete umfassen, also stärker sein als die demokratische Fraktion im vorigen Landtag mit vier Abgeordneten. Vor allem werden die fünf Abgeordneten die Rechte einer Fraktion haben, die sie getrennt bisher nicht hatten.

Der kleine Scholzblock

soll in der nächsten Woche fertiggestellt werden

Im Reichstag wurden gestern die Verhandlungen über das Zusammengehen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Christlichnationalen Bauernpartei und der Konservativen Volkspartei fortgesetzt. In der Aussprache kam, wie eine Zeitungskorrespondenz meldet, zum Ausdruck, dass „durch die ablehnende Haltung der neugegründeten Staatspartei eine Einigung auf breiterer Grundlage vereitelt sei“. Bezüglich des weiteren Vorgehens der beteiligten Parteien ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung. Die günstig verlaufenen Verhandlungen führten noch nicht zu einem endgültigen Abschluss, sie werden in den nächsten Wochen fortgesetzt.

Volkspartei findet keinen eigenen Kandidaten

MÜNCHEN, 1. August.

Wie die „Münchener Zeitung“ mitteilt, beabsichtigt die Deutsche Volkspartei Bayerns Lettow-Vorbeck als Spitzenkandidaten aufzustellen, obwohl der General, wie wir bereits berichteten, die Spitzenkandidatur der konservativen Volkspartei angeteilt, die Spitzenkandidatur der konservativen Volkspartei angenommen hat. Es soll damit aber, wie die „Münchener Zeitung“ sich ausdrückt, eine „gewisse Konzentration der vaterländischen Parteien in Bayern“ erreicht werden. Die Deutsche Volkspartei, deren Spitzenkandidat für Südbayern bei der letzten Reichstagswahl bekanntlich Stresemann war, muss danach einen gewaltigen Zug nach rechts getan haben.

General Ludendorff fordert seine Anhänger zu einem „Wahlkampf der Wahlenthaltung“ auf, der „der wirkungsvollste Kampf für die Rettung des Volkes sei“. Zweifellos befreit der grosse Streite, dass eine Beteiligung am Wahlkampf die winzige Zahl seiner Anhänger allzu schonungslos enthüllen würde.

Massenmarsch gegen den Krieg

S. P. D. im Lustgarten — K. P. D. auf dem Winterfeldtplatz

Die beiden sozialistischen Parteien, Sozialdemokraten und Kommunisten, riefen gestern ihre Anhänger zu grossen Strassendemonstrationen gegen den Krieg auf. Bei beiden war es gleichzeitig die Einleitung des Wahlkampfes. Im Lustgarten zählte der Polizeibericht 16 000 Teilnehmer, für den Winterfeldplatz lautete die Schätzung auf 10 000 Versammelte. Nachdem die Sozialisten ihre Kundgebung im Lustgarten angemeldet hatten und so der K. P. D. für diesen idealen Demonstrationsplatz zuvorgekommen waren, verkündeten die Kommunisten in ihrer Presse stolz: „Wir marschieren in die Viertel der Reichen.“ Die geschichtliche Wahrheit ist, dass der Winterfeldplatz den Kommunisten von der Polizei angewiesen wurde, um Zusammenstöße zu vermeiden. Die Kundgebungen sind im grossen und ganzen ohne Zwischenfälle verlaufen.

Im Lustgarten

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete gestern abend im Lustgarten eine Massenkundgebung gegen den Krieg. Die Beteiligung war gross, besonders stark waren die Frauen und die Arbeiterjugend vertreten. Die Demonstranten trugen Schilder mit Aufschriften mit sich, in denen gegen den Krieg protestiert wurde. Von den führenden Männern der Sozialdemokratie sah man den Reichstagspräsidenten Löbe und Crispian. Ausserdem nahmen Abordnungen der englischen, schottischen und polnischen sozialistischen Partei an der Kundgebung teil, die von den Vorsitzenden der Berliner sozialdemokratischen Organisation begrüsst wurden. Nach Vorträgen des Arbeiter-Sängerbundes nahm Crispian das Wort. Er rief in seinen Ausführungen die Tage des August 1914 in das Gedächtnis zurück und erinnerte an die 12 Millionen Toten des Weltkrieges. Auch heute sei der Frieden noch nicht völlig gesichert, solange die Rüstungen fort dauern. 20 000 Kilometer Zollgrenzen hätten die Friedensverträge in Europa zurückgelassen, die immer neue Zwistigkeiten hervorbringen könnten. Frankreich sabotiere mit seiner Forderung „erst Sicherheit, dann Abrüstung“ den Frieden. Englands Interessen lägen heute zum grössten Teile ausserhalb Europas. Italien sei die grosse Kriegsgefahr. Die Befreiung des Rheinlandes bedeute auch noch nicht die Ausschaltung jeder Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich, solange die deutsche Rechte stärker werden sollte. Die deutsche Sozialdemokratie sei sich ihrer Verantwortung in der augenblicklichen Situation voll bewusst und würde im Wahlkampf gegen die

Kriegshetze mit aller Energie vorgehen. Die Ansprache Crispian schloss mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Nach kurzen Ansprachen des schottischen und polnischen Delegationsführers, die in dem Rufe „Nie wieder Krieg!“ ausklangen, fand die Kundgebung mit dem Gesang der Internationale ihren Abschluss.

Auf dem Winterfeldtplatz

Auf dem Winterfeldplatz veranstalteten die Kommunisten gestern abend eine Demonstration „Gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen“. Der Ammarsch vollzog sich über den Kurfürstendamm und dauerte mehrere Stunden, da infolge des starken Verkehrs die Züge immer wieder gestoppt wurden. Auch Kriegsblinde waren zu der Kundgebung aufgerufen. Die Redner waren kaum zu verstehen, da die Musikkapellen und Gesänge der Ammarschierenden noch ertönten, als die ersten Gruppen schon wieder abmarschierten. Lastautos mit Kindern der L. A. H. führen im Zuge. Unter Hochrufen auf Sowjetrussland ging die Demonstration zu Ende. Viel gehört wurde der Ruf „Prolet erwache, Hitler verrecke!“ Zahlreiche Schrifttransparente wurden mitgeführt. Die Polizei war mit einem ungewöhnlich starken Aufgebot erschienen, so dass der Ammarsch, wie auch der Ammarsch bei der Kundgebung ohne erstere Zwischenfälle verlief.

Kleine Zwischenfälle

Die gestrigen Demonstrationen der Sozialdemokraten und Kommunisten sind fast durchweg ohne Zwischenfälle verlaufen. Nur am Straubergplatz löste die Polizei einen kommunistischen Demonstrationzug von tausend Anhängern auf wegen Singens verbotener Lieder. Die Polizei wurde dabei angegriffen, so dass die Beamten von dem Gummknüttel Gebrauch machen mussten. In kurzer Zeit war die Strasse gesäubert und die Ruhe wieder hergestellt. Insgesamt hat die Polizei 70 Personen wegen Tragens verbotener Uniformen und wegen Nichtbeachtens polizeilicher Anordnungen zwangsgestellt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. In den späten Abendstunden kam es in den Aussenbezirken zu kleinen Reibereien, wo Kommunisten mit Nationalsozialisten zusammengetroffen waren. Aber überall war die Polizei rechtzeitig am Platze und verhinderte rechtzeitig erste Zwischenfälle.

Schnelldienst

Der französische Asseministrator Briaud empfing den Pressechef an der französischen Botschaft in Berlin, Professor Henard, der ihn gewöhnlich als Dolmetscher bei Unterredungen mit deutschen Staatsmännern dient. In einer eindrucksvollen Kundgebung hat gestern die Danziger Handelskammer gegen die wachsende Konkurrenz des polnischen Hafens Gdingen Protest erhoben. Gestern wurde in Lüttich der deutsche Verkehrsavillon auf der Jahrhundert-Ausstellung eröffnet; es haben 165 deutsche Firmen ausgestellt. Die für die zweite August-Hälfte in Metz geplanten umfangreichen Luftmanöver sind wegen der in Elsass Lothringen herrschenden Kinderlähmungs-Epidemie abgesagt worden. Nach einer Mitteilung des Zentralverbandes niederländischer Melkweiden hat die seit kurzem eingeleitete Boykottaktion gegen deutsche Waren bereits beträchtliche Ergebnisse gezeigt.